



An den Grossen Rat

20.5347.02

WSU/P205347

Basel, 4. November 2020

Regierungsratsbeschluss vom 3. November 2020

Interpellation Nr. 106 Thomas Müry „betreffend Haltung des Regierungsrats zur Forderung der JUSO, die Pharmakonzerne und ihre Zulieferfirmen zu verstaatlichen“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. Oktober 2020)

Die Jungsozialisten, JUSO, haben die Verstaatlichung der Pharma-Firmen und ihrer „wichtigen Zulieferer“ gefordert. Basel als einer der wichtigsten Pharma-Standorte der Welt wäre davon besonders betroffen. Es ist bekannt, wie gross der Anteil der Steuereinnahmen ist, die direkt und indirekt von diesen Firmen und ihren Zulieferern stammen. Die Forschungsleistung dieser Firmen hat auch Interaktionen mit der Hochschul-Forschung in Basel. Es dürfte klar sein, dass bei einer Erfüllung der Forderung - auch wenn dies unrealistisch erscheint - diese Firmen ihren Sitz nicht mehr in Basel haben würden. Ein Ausdruck des Willkommenseins der Pharma-Branche in Basel und der Schweiz ist diese Forderung bestimmt nicht - im Gegenteil.

Die SP als Mutterpartei der JUSO stellt drei von sieben Regierungssitzen im Kanton Basel-Stadt. Die Linksparteien verfügen über die Mehrheit in der Regierung. Die SP ist keine zu vernachlässigende Kraft im Stadtkanton, sie will und muss ernst genommen werden. Deshalb ist es wichtig, die Öffentlichkeit zu orientieren, wie sich der Regierungsrat zu dieser Forderung nach Verstaatlichung der Schweizer Pharma-Industrie stellt. Es wäre auch angezeigt, transparent zu machen, wie die SP Regierungsmitglieder zur für Basel-Stadt, die Region und die Schweiz schädlichen Forderung ihrer Jungpartei stehen. Es ist zu einfach, die regelmässig erhobenen schädlichen Forderungen dieser Jungpartei immer wieder als Jux und Tollerei der Jungen abzutun, eine klare Stellungnahme der grössten Kantonalpartei und ihrer Regierungsmitglieder ist zwingend erforderlich. Auch wenn diese JUSO-Forderung nicht realistisch ist, schadet sie dem Image des Wirtschaftsstandortes Basel und Schweiz.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Forderung der JUSO, die Pharma-Firmen und ihre wichtigsten Zulieferer zu verstaatlichen?
2. Erkennt der Regierungsrat die Bedeutung der Pharma-Branche für den Kanton und die Schweiz?
3. Wie stellen sich die SP-Mitglieder der Regierung zu dieser Forderung nach Verstaatlichung der Pharma-Firmen?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Frage 1: Wie stellt sich der Regierungsrat zur Forderung der JUSO, die Pharma-Firmen und ihre wichtigsten Zulieferer zu verstaatlichen?

Dem Ansinnen stünde schon die in Artikel 26 der Bundesverfassung verbriefte Eigentumsgarantie entgegen, die ein zentraler Pfeiler des schweizerischen Wirtschaftssystems ist. In der Schweiz braucht es für eine Enteignung (um eine solche würde es sich bei einer Verstaatlichung handeln) eine genügende gesetzliche Grundlage. Zudem muss ein öffentliches Interesse an der Enteignung vorliegen. Und drittens muss der Vorgang verhältnismässig sein. Alle drei Bedingungen sind im vorliegenden Fall nicht erfüllt. Auch inhaltlich gibt es keinerlei Grund, Pharmaunternehmen und deren Zulieferer zu verstaatlichen.

Frage 2: Erkennt der Regierungsrat die Bedeutung der Pharma-Branche für den Kanton und die Schweiz?

Ja. Der Regierungsrat ist sich der grossen Bedeutung bewusst und richtet auch sein Handeln danach aus. In Basel-Stadt erbrachten die Unternehmen der Life Sciences-Industrie (diese umfasst neben dem Hauptpfeiler Pharma auch die deutlich kleineren Branchen Medtech, Biotech und Agtech sowie die Forschung auf diesen Gebieten) im Jahr 2018 rund 44% der kantonalen Bruttowertschöpfung, also rund 18.6 Mrd. Franken. Rund 21'000 Beschäftigte arbeiteten in dieser Branche, was rund 11% der gesamten Beschäftigung ausmachte. Beides – Wertschöpfung wie Beschäftigung – sind in der Schweiz absolute Spitzenwerte, selbst ohne die positiven Effekte auf Unternehmen in weiteren Branchen zu betrachten (Quelle: BAK Economics).

Frage 3: Wie stellen sich die SP-Mitglieder der Regierung zu dieser Forderung nach Verstaatlichung der Pharma-Firmen?

Aufgrund des Kollegialitätsprinzips kommuniziert der Regierungsrat keine Einzelmeinungen seiner Mitglieder.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin